MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Lüdenscheider Zeitung

Amtliches Kreisblatt für den Stadtkreis Lüdenscheid.
Amtlicher Anzeiger für den Kreis Altena.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Der Preis beträgt wöchentl. 350 Mill.
Einzelnummer 90 000 000 Mk.

Die 1 mm Zeile oder deren Raum kostet 42 000 000 M., Familien-Anzeigen und Stellengesuche 30 000 000 M., Behörden und Finanz 63 000 000 M., Auswärtige 60 000 000, Reklamen 180 000 000

Fernsprecher: 98. — Telegramm-Adresse: Zeitung.

Druck und Verlag von Karl Salle, Lüdenscheid, Friedrichstraße 91. — Verantwortlicher Redakteur: Wilh. Lehder, Lüdenscheid.

Nr. 245. Freitag, 19. Oktober 1923. 56. Jahrgang.

Poincare lehnt die deutschen Vorschläge ab

v. Hoesch bei Poincare.

Berlin, 18. Oktober. Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat bei seiner gestrigen Unterhaltung mit dem französischen Ministerpräsidenten im Anschluß an die früheren Besprechungen nochmals eingehend die Auffassung der Reichsregierung über die Regelung der Verhältnisse im besetzten Gebiet und über die Weiterbehandlung der allgemeinen Wiederherstellungsfrage dargelegt. Der deutsche Geschäftsträger hat dem französischen Ministerpräsidenten auch in diesem Zusammenhang die Weisungen zur Kenntnis gebracht, die die Reichsregierung den Beamten, insbesondere den Eisenbahnern im besetzten Gebiet erteilt hat. Ebenso hat er ihm die Richtlinien für die Industriellen bekannt gegeben. Der Geschäftsträger hat aber mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Methode der Verhandlungen zur völligen Zersplitterung, Rechtlosigkeit und Untätigkeit im besetzten Gebiet geführt habe, und daß die von Deutschland gewünschten einheitlichen Verhandlungen sehr notwendig seien. Auf einem anderen Wege werde sich das von Frankreich erstrebte Ziel, eine Wiederherstellung des Zustandes wie vor dem 11. Januar 1923, nicht erreichen lassen.

Als wichtigsten Punkt der von Regierung zu Regierung zu verhandelnden Frage hat der Geschäftsträger die Frage der Kohlen- und Kokslieferungen dargestellt. Er hat auch den Ministerpräsidenten die Einzelheiten dargelegt, daß Deutschland gegenwärtig schlechterdings außerstande sei, diese Finanzireung selbst vorzunehmen und hat in diesem Zusammenhang auf die außerordentlich gefährlichen Folgen hingewiesen, die sich ergeben würden, wenn die Kohlenzechen die Arbeit zunächst zwar wieder aufnehmen, aber schon nach einigen Tagen infolge Mangel an Zahlungsmitteln wieder aufhören müßten. Nachdem die Unterstützungszahlungen des Reiches eingestellt worden seien, würden sich die Verhältnisse im Ruhrgebiet in kürzester Zeit dahin zuspitzen, daß 550 000 Bergarbeiter mit ihren Familienangehörigen ohne irgendwelches Substanzmittel dem Verhungern gegenüberständen und daß dazu noch Millionen von Arbeiter und Angestellte in der Industrie kommen, deren Beschäftigung von dem regelmäßigen Betrieb der Kohlenzechen abhänge. Die deutsche Regierung sieht dies zwar vor Augen, steht aber machtlos gegenüber.

Im Anschluß daran hat der Gschäftsträger auch die Gründe dargelegt, die die deutsche Regierung veranlaßt hat, die Kohlensteuer aufzuheben. Was die weitere Behandlung der Wiederherstellungen anlange, so hat der Geschäftsträger ausdrücklich betont, daß neue Verhandlungen nach Ansicht der deutschen Regierung mit allen in Betracht kommenden Alliierten stattfinden müßten.

Der Ministerpräsident hat in seiner Antwort die Aufnahme von Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet kategorisch abgelehnt. Er hat erklärt, daß die von der Reichsregierung und den Landesregierungen den Beamten und Industriellen des besetzten Gebietes erteilten Anweisungen ihm ganz gleichgültig seien, und daß es für ihn auf Tatsachen ankomme. Das allein Ausschlaggebende sei für ihn, die restlose Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Januar 1923. Die deutsche Erklärung über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen. Wie die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen fertigstelle, sei ihm ebenfalls gleichgültig. Eine Erörterung etwaiger deutscher Vorschläge werde die Reparationskommission solange nicht zulassen, als nicht der Widerstand nach französischer Auffassung aufgegeben worden sei.

Der amtliche französische Bericht.

Paris, 18. Oktober. Das amtliche Büro gibt einen Bericht über die Unterredung des deutschen Geschäftsträgers mit Poincare heraus, der wahrscheinlich nach einer telefonischen Verständigung mit der Brüsseler Regierung verfaßt worden ist. Der Bericht wird nur von wenigen Zeitungen gebracht. In diesem Bericht ist der Nachdruck auf die Unmöglichkeit der Bezahlung für die Sachlieferungen gelegt. Hingegen wird kein Wort davon gesagt, daß der Ministerpräsident trotz der dringenden Hinweise auf die Notlage der Bevölkerung eine Beratung mit deutschen Sachverständigen über die Reorganisation der Arbeit erneut ablehne. Aus den Kommentaren der Blätter geht hervor, daß der Eindruck erweckt werden soll, der Beginn der Verhandlungen sei ausschließlich von dem Beginn der Lieferungen abhängig.

•

Paris wünscht einen deutschen Botschafter.

Paris, 18. Oktober. Zu dem gestrigen deutschen Schritt in Paris erklärt das „Echo national": Wenn Stresemann sich gegen die Entsendung eines deutschen Botschafters nach Paris sträubt, kann ihm nichts an erfolgreichen Verhandlungen mit Poincare gelegen sein. Das Blatt bezeichnet die Anwesenheit eines Geschäftsträgers in Paris als ungenügend.

Das Neueste vom Tage.

Der französische Ministerpräsident verhielt sich gegenüber den Erklärungen des deutschen Geschäftsträgers durchaus ablehnend.

Das Reichskabinett beschäftigte sich eingehend mit der Antwort Poincares. Wie die Blätter betonen, könne aber schon jetzt gesagt werden, daß der Standpunkt der Regierung der gleiche bleiben wird, wie er in den Instruktionen an den deutschen Geschäftsträger in Paris zum Ausdruck gekommen ist.

Im sächsischen Landtag kam es nach einer an Landesverrat grenzenden Erklärung Zeigners zu stürmischen Auftritten.

Der Brüsseler „Temps"-Berichterstatter macht bestimmte Angaben über eine längere Abhandlung der Berliner Regierung zu den belgischen Sachverständigenarbeiten. Dieses Dokument solle demnächst der Reparationskommission zugestellt werden.

Nach der Entlassung des sächsischen Geschäftsträgers in München aus dem sächsischen Staatsdienst hat der bayrische Außenminister dem sächsischen Außenminister mitteilen lassen, daß er keinen neuen sächsischen Gesandten empfangen werde, solange in der sächsischen Regierung die kommunistische Partei vertreten sei. Zugleich wurde der bayrische Gesandte bei der sächsischen Regierung abberufen.

Die bayrische Postverwaltung hat auf Veranlassung des Generalstaatskommissars die strengste Weisung an das Postpersonal ergehen lassen, sich an der Bekämpfung des Wuchers und des Schiebertums durch dauernde Ueberwachung des Telegraphen- und Fernsprechverkehrs tatkräftig zu beteiligen.

Amtlicher Dollarkurs 17. Okt.: 8180400000

Die sächsische Regierung auf Abwegen.

Ein Ultimatum.

Dresden, 18. Oktober. Heute ist die offiziöse Kriegserklärung des Wehrkreiskommandos an die sächsische Regierung erfolgt. Ministerpräsident Dr. Zeigner teilte in der Landtagssitzung ein Schreiben des Generalleutnants Müller mit, dessen Schluß wie folgt lautet:

„Ich hatte bisher bei allen meinen Maßnahmen die Mitarbeit der sächsischen Regierung als Voraussetzung angenommen. **Ich bitte, daß mir bis zum 18. Oktober, 11 Uhr vormittags unzweideutig von der sächsischen Regierung eine Erklärung darüber gegeben wird, ob das Gesamtministerium sich mit der Rede des Finanzministers Böttcher in Leipzig im Wortlaut oder im Geist einverstanden erklärt, oder ob sie gewillt ist, entgegen den Aeußerungen Böttchers nach meinen Weisungen zu handeln.** Für den letzteren Fall muß ich ferner verlangen, daß die Regierung den Wortlaut ihrer Erklärung veröffentlicht und daß sie mir mitteilt, welche Maßnahmen sie ergreifen will, um eine Wiederholung solcher Entgleisungen zu verhindern."

Ministerpräsident Dr. Zeigner kündigte an, daß er von dem Landtag erwarte, daß er Verständnis für ein solches Schreiben aufbringe. Die Regierung sei nur dem Landtag, nicht aber dem Wehrkreiskommando verantwortlich. Man wolle die linke Hälfte des Hauses abwürgen. Das Militär habe kein Verständnis für Parlament und Republik. Er wende sich an die demokratische Mitte, denn er müßte annehmen, daß sie Verständnis für das Schreiben hätte und daß sie dazu Stellung nehme. Die nächsten, die an die Reihe kämen, seien die Demokraten.

*

Berlin, 18. Oktober. Wie die Abendblätter hören, erfolgte der Schritt des Generals Müller bei der sächsischen Regierung im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister. Falls General Müller von dem sächsischen Ministerpräsidenten keine Antwort erhält, wird der General weitere Weisungen von der Reichsregierung erhalten.

Berlin, 18. Oktober. Nach einer Mitteilung der Berliner Abendblätter wurden heute mittag die sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller und Wels wegen des sächsischen Konflikts beim Ministerpräsidenten vorstellig.

Keine Antwort.

Dresden, 18. Oktober. Das Wehrkreiskommando 4 teilt mit: Der Ministerpräsident hat auf das ihm am 12. Oktober gesandte Schreiben des Befehlshabers des Wehrkreiskommandos 4, in welchem um eine unzweideutige Stellungnahme des sächsischen Gesamtministeriums über die Ausführungen des sächsischen Ministers Böttcher, die dieser am 13. Oktober in Leipzig gehalten hat, verlangt wurde, innerhalb der gebotenen Frist keine Antwort erteilt. Der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos 4 hat darauf am 18. Oktober mittags an den Ministerpräsidenten Dr. Zeigner folgendes Schreiben gerichtet: „Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Da Sie es für gut befunden haben, mein Schreiben vom 17. Oktober nicht zu beantworten, teile ich Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß ich die Angelegenheit zur weiteren Behandlung dem Reichswehrminister unterbreitet habe. Mit vorzüglicher Hochachtung: Müller, Generalleutnant."

Der Rücktritt des Reichswehrministers gefordert.

Dresden, 18. Oktober. Die Kommunisten haben heute im sächsischen Landtag folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, daß die sächsische Regierung bei der Reichsregierung den Antrag stellt, daß sie den Rücktritt des Reichswehrministers Dr. Geßler veranlassen möge.

Tumult im sächsischen Landtag.

Dresden, 18. Oktober. In der heutigen Sitzung des Landtags wurde über den kommunistischen Antrag beraten, bei der Reichsregierung den Rücktritt des Reichswehrministers Dr. Geßler zu fordern. Ministerpräsident Dr. Zeigner erklärte hierzu u. a.: er habe erst heute erfahren, daß die Vorgänge von gestern dem Reichsministerium heute zur Kenntnis gebracht worden sind. Es treffe nicht zu, daß der Ministerpräsident davon in Kenntnis gebracht worden sei, daß die Reichsregierung hinter den Anordnungen des Wehrkreiskommandeurs stehe. **Frankreich sei über alle Dinge, die sich in der Reichswehr abspielten, genau unterrichtet. Aus diesem Grunde werde er in dieser Stunde nicht so vorbehaltlos sprechen, wie er sich vorgenommen habe, aber schweigen könne er nicht. Es sei Tatsache, daß das Reich eine illegale Armee habe,** allerdings, wie es scheine, ohne daß die Reichsregierung davon wisse. Ende September und Anfang Oktober hätten rings um Berlin an zahlreichen Orten derartige schwarze Organisationen sich erheben sollen, was nur durch die preußische Landespolizei verhindert worden sei. Im Lager zu Königsbrück sei schwarze Reichswehr in diesem Sommer vier bis sechs Wochen ausgebildet worden. Hunderte und Tausende von Angehörigen dieser illegalen Organisationen seien in diesen Tagen in die Reichswehr einbezogen und bewaffnet worden, in Leipzig allein gegen 1500 Mann. Die Entente wisse von diesen Dingen und werde eine Aenderung erzwingen.

Der Abgeordnete Kaiser (Deutsche Volkspartei) erwiderte hierauf u. a., es wäre besser gewesen, dieser 18. Oktober 1923 wäre in der Geschichte Sachsens nicht erschienen. **Denn heute, am Völkerschlachtsgedenktag, seien die ersten Anzeichen einer Erwachung Deutschlands den Feinden preisgegeben worden.** Die Entente habe **nicht mehr nötig, Spionage zu treiben.** Richtiger wäre es vom Ministerpräsidenten gewesen, die Dinge, die er vorgebracht habe, vor das betreffende Forum zu bringen, wo der Reichswehrminister Gelegenheit habe, seinen Standpunkt zu vertreten. Die illegalen Bestrebungen bezeugten jedoch nur die Sehnsucht des deutschen Volkes nach Tatkraft. Diese Entwicklung werde auch der sächsische Ministerpräsident nicht aufhalten, wenn er auch noch so sehr gegen die Reichswehr vorgehe.

Abgeordneter Beutler (Deutschn. Volksp.) erklärte namens seiner Partei, daß diese sich an der Diskussion über die Erklärung des Ministerpräsidenten nicht beteiligen werde. Sie halte seine Mitteilungen für offenen Landesverrat. (Ungeheurer Lärm auf der ganzen Linken. Abg. Mönke ruft auf den Redner zugehend: „Sie sind der erste, der an den Laternenpfahl kommt!" Zuruf recht: „Sie kommen daneben!" Glocke des Präsidenten, der unaufhörlich den Hammer schwingt. Die Kommunisten schlagen mit Stühlen und Pultdeckeln.) Abgeordneter Seiffert (Dem.) stellt fest, daß der Ministerpräsident Dr. Zeigner gestern schon vor seiner Erklärung Kenntnis davon gehabt habe, daß die Reichsregierung hinter der Anordnung des Wehrkreiskommandeurs stehe. Abgeordneter Rammelsberg (Dn. Vp.) gibt die Erklärung ab, daß seine Partei angesichts der Ausführungen des Ministerpräsidenten an der heutigen Aussprache sich nicht weiter beteiligen werde.

Berlin, 18. Oktober. Zu den Enthüllungen des sächsischen Ministerpräsidenten in der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtags schreibt die Vossische Zeitung, der sächsische Ministerpräsident scheue sich nicht, Reichsinteressen zu gefährden, um in der Landespolitik zu triumphieren. Ein solches Verhalten stehe im Widerspruch zu der programmatischen Ankündigung der sächsischen Regierung, sie werde für die Einheit des Reichs bis zum Aeußersten kämpfen. Diese Einheit könne nur erhalten werden, wenn die extremen Richtungen auf den beiden Flügeln sich bequemen, Opfer zu bringen.

Gewerkschaften und Wirtschaftslage.

Berlin, 18. Oktober. Im Plenarsitzungssaal des Reichswirtschaftsrates fand am Mittwoch eine Tagung der drei auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Spitzenorganisationen statt. Von der Reichsregierung nahm an der Kundgebung der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns teil. Er versicherte, daß die Reichsregierung sich dem Ernst der Wirtschaftslage nicht verschließe. Ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosenheeres würde die ganze Wirtschaft und das Reich selbst gefährden. Der Regierung sei das ungeheure Sinken der Löhne, namentlich in Aubetracht der Verteuerung der Lebenshaltung, bekannt. Gegen die bekannten Mißbräuche im Kartell- und Trustwesen werde durch energische Gesetzgebung Abhilfe geschaffen werden müssen. Beim Arbeitszeitgesetz denke die Regierung nicht daran, lediglich die Arbeitszeit neu zu regeln und die Kartelle ungeschoren zu lassen. Ein Abbau der sozialen Unterstützungen sei nicht geplant, wenn auch die Notlage des Reiches die Befriedigung aller Wünsche verhindere. Die Regierung denke nicht daran, hinsichtlich der Rechtslage der Arbeiterschaft auf den Zustand der Vorkriegszeit zurückzugehen.

In einer Ansprache betonte der Führer des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, daß die heutige Tagung eine Mahnung an die Regierung, aber auch eine Mahnung zur Disziplin an die breite Masse bedeuten soll. Die Gewerkschaften hätten nie die Absicht gehabt, eine Nebenregierung zu errichten, sondern hätten nur Vorschläge zur Besserung der Verhältnisse eingebracht.

In der Aussprache wurde von verschiedenen Seiten erklärt, man könne kein Vertrauen mehr zu der Regierung haben, die mit Sachsen breche und die „Reaktion" in Bayern walte lasse. Schließlich wurde folgende Entschließung angenommen:

„Im Namen des arbeitenden Volkes erklären die versammel-

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

ten Ausschüsse der drei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, daß die Not der breiten Masse einen Grad erreicht hat, der nicht mehr ertragen werden kann. Die völlige Desorganisierung der Wirtschaft stürzt das deutsche Volk in den Abgrund. Nur rasche und tiefgreifende Maßnahmen können den völligen Zusammenbruch verhindern. Die Ordnung der Währung und der Staatsfinanzen, die nicht möglich ist ohne Zwangsopfer des Besitzes, muß sofort herbeigeführt werden. Die Bundesausschüsse fordern deshalb die schnellste Rückkehr zur tatsächlichen Goldwährung für das ganze Volk, nachdem Industrie und Großhandel sie für sich längst eingeführt haben. Die Wertbeständigkeit der neuen Währung kann nur gesichert werden, wenn es gelingt, in kürzester Frist die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen und die Notenpresse stillzulegen. Es genügt nicht, besteuernde Steuern wertbeständig zu erheben, vielmehr müssen weitere starke Abgaben vom Besitz erhoben werden. Die Gewerkschaften wiederholen ihre Forderung, zu diesem Zweck eine Erfassung von Sachwerten und die unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Gewinnen durchzuführen. Die Gewerkschaften versagen sich nicht der Mitwirkung bei der notwendigen wirtschaftlichen Reorganisation. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft setzt dem Versuch, den gesetzlichen Achtstundentag zu beseitigen, nach wie vor entschlossenen Widerstand entgegen, in der Gewißheit, daß bei einer vernünftigen Ordnung der Wirtschaft im Rahmen des Achtstundentages eine ausreichende Produktion möglich ist. Soweit in einzelnen Fällen der Wirtschaft Ueberzeitarbeit notwendig ist, sind die Gewerkschaften bereit, darüber tarifvertragliche Vereinbarungen zu treffen. Gegen wirtschaftliche und soziale Diktatur werden sie die Arbeiterschaft zum Abwehrkampf aufrufen."

Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet.

Die Bedingungen der Regie.

Essen, 18. Oktober. Von dem französischen Kommandanten in Wanne sind folgende Richtlinien für die Wiedereinstellung der Eisenbahner aufgestellt worden, die aller Wahrscheinlichkeit auch Geltung für das besetzte Gebiet haben:

Bei der Uebergabe der Bediensteten in den Regiebetrieb verpflichtet sich diese, die Eisenbahner nach Franken zu bezahlen. Die Auszahlung erfolgt jedoch in Papiermark. Die Bezahlung soll nicht höher sein als die im unbesetzten Gebiet. Ausgewiesene Eisenbahner, gegen deren Einstellung keine grundsätzlichen Bedenken bestehen, sollen nach Prüfung jedes einzelnen Falles wieder eingestellt werden. Die Wiedereinstellung von Verhafteten wird abhängig gemacht von der Stellungnahme der französischen Militärbehörde. Es wird ebenfalls von Fall zu Fall entschieden, ob ein in Haft gewesener Bediensteter wieder eingestellt werden soll oder nicht. Dem Personal sollen die deutschen Belange in sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Beziehung gesichert werden. Für die Durchführung der Beamten- und Arbeiterpensionen soll das Reich einen noch festzusetzenden Grundstock an die Regie abführen. Höhere Beamte werden nicht wieder eingestellt.

Sämtliche leitenden Stellen sollen durch Franzosen ersetzt werden. Die Dienstleiter werden nach vorheriger Prüfung wieder eingestellt. Es wird ein starker Personenabbau vorgenommen. Die Regie glaubt mit der Hälfte des bisherigen Personals auskommen zu können.

Die Verhandlungen Degouttes mit Behörden.

Paris, 18. Oktober. Havas berichtet aus Düsseldorf, in der letzten Woche seien Verhandlungen eingeleitet worden zwischen der französisch-belgischen Regie und den Vertretern der deutschen Eisenbahner über die Fragen, die sich auf die Wiederaufnahme der Arbeit bezogen und auch auf Fragen hinsichtlich der Wiederaufnahme des Betriebes zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet. Im Einverständnis mit General Degoutte und Tirard seien zu diesen beiden Fragen gewisse kategorische Bedingungen gestellt worden. Die deutsche Eisenbahnverwaltung hat nunmehr heute zur Kenntnis gebracht, daß sie diese Bedingungen nicht annehmen könne, da hierfür die deutsche Regierung zuständig sei. Unter diesen Umständen wird sich die französisch-belgische Regie bis auf weiteres lediglich mit der Verbesserung des Dienstes im besetzten Gebiet begnügen. Die Verhandlungen über die deutschen Eisenbahnverbindungen würden jedoch sehr bald wieder aufgenommen werden.

Paris, 18. Oktober. Havas berichtet aus Düsseldorf, die Verhandlungen, die über die Wiederaufnahme der Arbeit mit der Post- und Telegraphenverwaltung in Düsseldorf geführt wurden, hätten zu einer Einigung geführt. Die Wachtposten werden beibehalten und das Gebäude der Oberpostdirektion bleibt requiriert.

Die Arbeitsgesuche der Eisenbahner.

Paris, 19. Oktober. Nach Meldungen aus dem besetzten Gebiet kann der passive Widerstand der Eisenbahner als völlig erloschen bezeichnet werden. 20 000 Eisenbahnbeamte in Mainz sind um Wiedereinstellung eingekommen. Stündlich laufen in den Bureaus der franko-belgischen Regie neue Gesuche ein. In Düsseldorf ist der frühere Hauptbahnhofsvorsteher auf seinen Posten zurückgekehrt und hat einem Vertreter der franko-belgischen Regie gegenüber erklärt, er schätze sich glücklich, mit ihnen zusammenarbeiten zu können. (?) Im Bezirk Essen haben sich 10 000 Eisenbahner in die Listen eintragen lassen, in Ludwigshafen 20 000, in Trier 15 000 und in Düren 4500.

Zur Schließung der Ruhrgruben.

London, 18. Oktober. Die „Times" und die „Daily News" beschäftigen sich eingehend mit dem Beschluß der Ruhrindustriellen, ihre Arbeiter nach dem 20. Oktober, sobald die Regierungszuschüsse ganz aufhören, wegen Goldmangels auszusperren. Die „Times" weisen darauf hin, daß die neue Lage im Ruhrgebiet Frankreich nicht nur ungeheure Aufgaben auferlege, sondern daß durch sie auch die separatistische Bewegung erheblich gefördert werde. Die neue Lage, welche die Geschicke Europas entscheidend beeinflussen könne, gehe die englische Regierung und das englische Volk besonders an. Die „Daily News" fordern Baldwin auf, durch positive politische Erklärungen zu der neuen Lage Stellung zu nehmen.

Politische Rundschau.

Der neue Staatssekretär der Reichskanzlei.

Nachdem Abg. Frhr. v. Rheinbaben auf seinen eigenen Wunsch von dem Posten des Chefs der Reichskanzlei geschieden ist, tritt an seine Stelle der Reichstagsabgeordnete Kempkes, wie wir bereits gemeldet haben. Mit ihm gewinnt der Reichskanzler Dr. Stresemann einen Mitarbeiter, der seit langem durch gemeinsame Tätigkeit in der Partei mit ihm verbunden ist. Der neue Staatssekretär, der auch als Vertrauensmann des besetzten Gebietes gelten kann, war als Rechtsanwalt in Essen ansässig und vertritt den Wahlkreis Essen-Elberfeld seit 1919 in der Nationalversammlung und im Reichstag. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der DVP. hat Abg. Kempkes in fast allen Teilen des Reiches sowohl mit den führenden Kreisen der DVP. wie mit den maßgebenden Persönlichkeiten der Wirtschaft Fühlung genommen. Die Erfahrungen, die er so gewonnen hat, werden ihm in seinem neuen Amte ebenso zugute kommen, wie die Eigenschaften eines gewandten Parlamentariers und Juristen. Die Deutsche Volkspartei hofft, daß Staatssekretär Kempkes trotz der Opfer, die ihm das neue Amt auferlegt, der Partei und ihrer Arbeit im Lande auch weiter schätzbare Dienste leisten wird.

Veränderte Methoden bei gleichem Ziel.

Es wird immer offensichtlicher, und das hat sich auch bei den jüngsten Vorgängen gezeigt, daß die Franzosen von der sogenannten rheinischen Bewegung nach dem Rezept Dortens und Genossen mehr und mehr abrücken. Das bedeutet aber keineswegs, daß sie ihr sehnlichstes Ziel, Protektor eines Rheinlandstaates zu sein, aufzugeben gewillt sind. Sie versuchen nunmehr die Bevölkerung mürbe zu machen und glauben damit zu erreichen, daß die separatistische Bewegung aus dem Volk hervorwächst. Das beweist am besten die Antwort, die sie in Mainz auf die Aufgabe des passiven Widerstands gegeben haben! Allein am Sonnabend wurden aus Mainz wiederum 12 angesehene Bürger ausgewiesen. Ihr Ziel ist augenscheinlich durch die Ausweisung sämtlicher Beamter eine deutsche Verwaltung unmöglich zu machen.

Die neue belgische Zeitung im Rheinland.

Ueber das neue Organ im Rheinland, „Das Rheinland", dessen Erscheinen bereits gemeldet wurde, macht das „Echo du Rhin" nähere Angaben. Daraus geht hervor, daß die belgische Zeitung in Aachen erscheint. Ueber den Zweck des neuen belgischen Organs berichtet das französische Blatt, daß „La Rhenanie" ein Informationsorgan sein wolle, das den Beziehungen zwischen Belgien und dem besetzten Gebiet dient. Wie das „Echo du Rhin" weiter meldet, hat „La Rhenanie" ein Kopfblatt, das „La Nouvelle Belgique" heißt und das in Eupen in französischer und deutscher Sprache erscheint und dazu dienen soll, eine Annäherung der Bevölkerung von Eupen und Malmedy, „die durch den Friedensvertrag von Versailles an ihren Staat zurückgekommen sei", an Belgien herbeizuführen.

Prüfung des belgischen Vorschlages.

Paris, 18. Oktober. Die Reparationskommission beschäftigte sich heute mit den durch die belgische Delegation übergebenen drei technischen Studien über die Reparationsfrage. Es wurde beschlossen, diese Dokumente der Finanzabteilung zu überweisen, damit sie Bericht erstatte, nachdem sie sie in Gemeinschaft mit den anderen Abteilungen der Kommission geprüft habe.

Coolidge vermittelt nicht.

Washington, 18. Oktober. Burthon, Mitglied der Regierungskommission hat den Präsidenten Coolidge gebeten, als Schiedsrichter zwischen Frankreich und Deutschland vermittelnd einzugreifen, vorausgesetzt, daß beide Länder die Bitte an ihn richten. Wahrscheinlich wird aber Coolidge auch durch diesen Schritt nicht zu bewegen sein, aus seiner bisherigen Reserve herauszutreten.

Spanien und Italien.

Madrid, 18. Oktober. Nach italienischen Nachrichten wird der König Alfons auf seiner Reise nach Rom vom Präsidenten des Direktoriums, General Primo de Rivera, begleitet sein, der eine Konferenz mit Mussolini haben wird. Die Reise wird auf dem Seewege erfolgen. Das königliche Schiff wird auf seiner Fahrt von spanischen und italienischen Kriegsschiffen begleitet sein. Dieser Flottenkundgebung im Mittelmeer ist eine große Bedeutung beizumessen.

Englischer Boykott deutscher Waren.

London, 18. Oktober. The Marchandise Comite, das sich mit der Frage der fremden Waern auf den englischen Märkten beschäftigt, hat an seine Mitglieder die Aufforderung gerichtet, die englischen Produkte in jeder Weise zu begünstigen und einstweilen keine deutschen Waren mehr anzukaufen, solange Deutschland nicht seine Reparationen bezahlt habe.

Um das Arbeitszeitgesetz.

Berlin, 18. Oktober. Das Plenum des Reichstages wird wahrscheinlich am Dienstag der kommenden Woche wieder zusammentreten, um über das von der Regierung inzwischen vorgebrachte Arbeitszeitgesetz zu beraten. Der Verlauf der Beratungen ist noch nicht zu übersehen, da bereits wieder erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und den Vertretern der bürgerlichen Fraktionen in der Auslegung der Formel bestehen, die seinerzeit bei der Kabinettskrisis über die Frage der Arbeitszeit allgemein angenommen wurde. Man rechnet damit, daß diese Meinungsverschiedenheit zu einer getrennten Stellungnahme der Koalitionsparteien führen und daß infolgedessen das Arbeitszeitgesetz nicht nur im Plenum des Reichstages, sondern auch in einem Ausschuß behandelt werden muß. Gleichzeitig machen sich aber Bestrebungen in sozialdemokratischen Kreisen bemerkbar, auch die Frage des Ausnahmezustandes trotz einheitlicher Stellungnahme des Kabinetts vor den Reichstag zu bringen.

Preußens Unversehrtheit.

Da die Deutsch-Hannoversche Partei neuerdings mit ihrem Antrag, eine Volksabstimmung über die Lostrennung Hannovers von Preußen herbeizuführen, an die Oeffentlichkeit getreten ist, hat der Wahlkreisvorstand der Deutschen Volkspartei im 18. Reichstagswahlkreis in folgender Entschließung dazu Stellung genommen:

„Das Direktorium der Deutschhannoverschen Partei hat am 6. Oktober beschlossen, in Kürze den Abstimmungsantrag zu wiederholen. Die Partei verleugnet damit ihren Beschluß vom Januar, obwohl die deutsche Not, um deretwillen sie damals den Antrag zurückstellte, heute unendlich viel schwerer und erdrückender auf unserem Volke lastet. Mit der Erneuerung des Antrages in dem Augenblick, wo Deutschland politisch und wirtschaftlich im Todeskampf steht, beweist die Partei einen tiefbeschämenden Mangel an nationaler Einsicht und Verantwortlichkeit. Wir betrachten dies Vorgehen als ein frevelhaftes Spiel mit unserem letzten und höchsten Gut, der deutschen Einheit, und sind überzeugt, daß alle politisch denkenden und national verantwortungsbewußten Männer und Frauen unserer hannoverschen Heimat mit uns dies Vorgehen verurteilen und ablehnen."

Die „Hannoversche Landeszeitung", das Organ der Welfen, erwidert darauf in einer wütenden Auslassung, die nur beweist, daß der Vorwurf getroffen hat.

Die Erben von Senkenberg.

Kriminal-Roman von Erich Ebenstein.

Amer. Copyright 1918 by Greiner u. Comp. Berlin W 30.

28 Nachdruck verboten

Kobler, der jeden zweiten Tag bei Hempel vorsprach, um Bericht über Herrn von Lavandal zu erstatten, wußte gleichfalls nichts von Bedeutung zu erzählen."

Herrn von Lavandals Leben glich einem offenen Buch. Er verkehrte viel mit Fräulein Lichtenberg, brachte ab und zu einen Abend mit Freunden zu und schlug im übrigen den Tag tot, so gut es eben ging.

Von einem Geheimnis war absolut keine Spur vorhanden, Briefe empfing er nie — schrieb auch keine, soweit Kobler beobachten konnte, und ein hagerer, alter Herr mit oder ohne Bart gehörte bestimmt nicht zu seinem Bekanntenkreis — weder offen noch heimlich.

Hempel fing allmählich selbst an, an seinem Verdacht zu zweifeln. Hatte er sich nicht am Ende — getäuscht durch die merkwürdige Aehnlichkeit zweier Augenpaare — in eine Sackgasse verrannt?

Wenn der Graubart es verstanden hatte, anscheinend spurlos vom Erdboden zu verschwinden — warum konnte Richter es nicht mit ihm getan haben?

Vielleicht waren beide längst in Amerika oder sonst wo.

Wieder einmal saß Silas Hempel daheim neben Murx am Divan, nahm Prise auf Prise und zerbrach sich den Kopf über diese Fragen.

Nein! Sie konnten doch nicht fort sein. Die Lagler hatte ja gehört, wie der Alte damals nach dem Mord am Ufer des Donauarmes gesagt hatte. Zwei sind abgetan — Viktor tat seine Pflicht — was jetzt noch vor uns liegt, ist das reine Kinderspiel."

Daraus war zu schließen, daß es noch weitere Arbeit gebe, ehe man die Früchte all' dieser Verbrechen einheimsen konnte.

War noch jemand „abzutun"?

Hempel wurde in seinen Gedanken durch den Eintritt Koblers gestört, der diesmal zu ungewöhnlicher Stunde — nämlich am Vormittag — erschien.

„Nun — gibt es etwas Neues?" fragte er, den Agenten gespannt ansehend.

„Ja! Herr von Lavandal hat soeben sein Quartier im Hotel gekündigt und seine Abreise für den Nachmittag bekanntgegeben."

„Fiel etwas vor in dem Hotel, das diesen Entschluß erklärt?"

„Nein! Nicht das mindeste. Ich würde es sonst von dem Stubenmädchen, mit dem ich aus Geschäftsgründen zärtliche Anknüpfungen gesucht habe, erfahren haben. Nur — er erhielt diesen Morgen einen Brief."

„Ah! Natürlich kennen Sie den Inhalt nicht!"

„Nein! Er zerriß ihn nachher gleich in kleine Stücke und vernichtete diese. Aber er erzählte Betty, — so heißt das Stubenmädchen — daß sein Onkel, der im Böhmerwald ein Schloß besitze, ihn dorthin eingeladen habe."

„Sein Onkel!" Hempels Augen funkelten plötzlich und seine Nasenlöcher weiteten sich wie bei einem guten Vorsteherhund, wenn er Witterung bekommt. „So, so, er hat also einen Onkel, zu dem er jetzt fährt! Das ist ja sehr interessant! Wie heißt das Schloß?"

„Senkenberg! Es soll, glaube ich irgendwo um Prachatitz herum liegen. Wenigstens sagte er dem Stubenmädchen, daß dies seine Endstation wäre."

Hempel stand auf, öffnete eine Lade seines Schreibtisches und kramte in einem Pack Generalstabskarten herum, die er hier aufbewahrte.

„So, das wird die richtige sein", sagte er dann, eine davon am Tisch ausbreitend. „Senkenberg! Aha, haben wir schon! Oh — und das ist ja famos! Es kann kaum eine halbe Stunde von Mauerberg entfernt sein, wo — —"

Er brach ab und faltete die Karte wieder zusammen.

„Da haben Sie mir wirklich eine sehr angenehme Nachricht gebracht, Kobler! Heute nachmittag fährt er schon, sagten Sie, nicht wahr?" —

„Ja! Und ich wollte fragen, ob ich ihm nun auf das Schloß seines Onkels folgen soll oder nicht?"

„Nein. Das muß ich nun selbst übernehmen. Und es müßte wahrlich mit dem Teufel zugehen, wenn wir nun nicht bald sehr klar sehen sollten! Auf diesen Onkel bin ich sehr gespannt."

Er lohnte Kobler ab und entließ ihn.

Dann begann er in Kleiderschränken und Laden herumzukramen. Bald lag ein ziemlich abgetragener Anzug, der indessen eine gewisse schäbige Eleganz markieren sollte, nebst schreiender Krawatte bereit.

In eine alte Handtasche wanderte allerlei Material zu weiteren Toiletteveränderungen.

Zuletzt begann der Detektiv seinen äußeren Menschen auf das sorgfältigste ins Gegenteil umzuwandeln.

Das blonde Haar wurde mit einem persischen Färbemittel in Blauschwarz verwandelt, die zarte Hautfarbe des Gesichts, des Halses und der Hände verschwand unter einem dauerhaften Anstrich mit einer starken Lösung von übermangansaurem Kali, so daß sie nun ganz bronzefarbig aussahen, Lippen und Augenbrauen wurden kräftig nachgeschminkt, und während alle dieser Veränderungen nahmen auch die Bewegungen des Detektivs etwas Lebhaftes, Farbiges an.

„So", meinte er dann, sich zufrieden im Spiegel betrachtend, „ich denke, ich kann mich ganz getrost für einen Romanen ausgeben, für einen südfranzösischen Weinreisenden oder so etwas . . . je nach Bedarf. Man wird ja sehen."

Er warf einen Blick in das Kursbuch und dann auf seine Uhr.

„Ausgezeichnet! Wenn ich mich spute, kann ich einen früheren Zug benützen als er. Unmöglich kann er Verdacht haben, wenn ich früher dort bin als er. Uebrigens, damit er nicht einmal an den Augen einen Anhaltspunkt hat, wollen wir noch einen Zwicker aufsetzen. So —"

Die Tür hinter ihm öffnete sich, und Kata, die aufräumen wollte, trat ein. Sie brachte zwei weiche Eier und Schinken mit zum zweiten Frühstück.

Als sie den ihr fremden Menschen erblickte, blieb sie einen Augenblick mit offenem Mund stehen und brach dann in eine Flut entrüsteter Schimpfworte aus.

Denn, da sie kurz zuvor Teppiche gereinigt und die Flurtür dabei nur angelehnt gelassen hatte, glaubte sie, ihr Herr sei ausgegangen und ein Fremder habe sich erkühnt, hier einzutreten.

Silas Hempel verbiß das Lachen, ließ sie eine Weile toben und sagte dann in leicht ausländischem Dialekt: „Verzeihen Sie, Madame, ich wollte bloß fragen, ob — —"

Weiter kam er nicht. Das Wort „Madame" stieß dem Faß den Boden aus. „Madame" — so nante man doch in Wien die Frauen, die dem Storch ins Handwerk pfuschen — —.

„Unverschämter Kerl, polterte sie zornig, „ich nix sein eine Madame! Ich mir das verbieten! Ich lasse Polizei holen, Sie sein einbrochen in fremde Wohnung! Sie eingesperrt werden dafür! Gleich! Auf der Stelle! Das Taschen mit stohlenes Sachen dalassen!"

Sie wollte Hempel, der die Handtasche ergriffen hatte, diese mit Gewalt entreißen.

Er aber lachte nun laut und sagte mit seiner natürlichen Stimme: „Es scheint, daß die Maske gelungen ist, da nicht einmal du mich erkennst, Kata! Beruhige dich nur — es „niemand sein einbrochen in fremdes Wohnung — —"

„Sie! Gospodar! O — — Gospodar!" stammelte die arme Kata verwirrt und starrte ihren Herrn kopfschüttelnd an. „Nein — nix zu kennen! Nix — aber — —"

„Adieu, Kata! Ich muß nun fort! Es ist die höchste Zeit!"

Er stülpte den schäbigen Zylinder auf und wollte zur Tür, als sie ihm den Weg vertrat.

„Nix fort! Erst essen!" sagte sie sehr diktatorisch.

„Unmöglich jetzt!"

„Müssen essen! Ich nix lassen eher fort — —"

Aber sie hatte die Rechnung ohne Hempel gemacht. Mit einer eleganten Wendung, die einem Schlangenmenschen Ehre gemacht hätte, drückte er sich an ihr vorüber und eilte mit Siebenmeilenstiefeln die Treppe hinab, ehe sie sich nur recht besinnen konnte.

19.

In Mauerberg war selige Zeit. Lia schwamm in einem Meer von Glück, und Prosper brachte jede freie Stunde, — also so ziemlich den ganzen Tag und einen großen Teil des Abends — bei ihr zu.

Fortsetzung folgt.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Allerlei vom Tage.

Gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer.

Berlin, 18. Oktober. Der Finanzpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Einzelberatung des Entwurfes eines Gesetzes über sofortige Steuern und die Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens. Die Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 3½ Prozent wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag Dr. Hachenburg mit der folgenden Wortlaut hat: „Bei Fusionen von Aktiengesellschaften ermäßigen sich die Steuern auf die Hälfte. Der Entwurf über die Börsenumsatzsteuer von 500 Goldmark für jede zum Börsenbesuch zugelassene Person vor, sowie eine fortlaufende Umsatzsteuer für jede Person in Höhe von 100 Goldmark im Monat.

Amerikaner über Rußland.

London, 18. Oktober. Die Times berichtet aus Newyork, daß ein nichtoffiziöse Kongreßausschuß, der seit dem 14. Juli nach Rußland gereist war, um die dortige Lage zu untersuchen, am 15. Oktober nach Newyork zurückgekehrt ist. Eines der Mitglieder, Senator Ladd, teilte in einer im Namen seiner Kollegen veröffentlichten Erklärung mit, daß sie die Lage in Rußland besser gefunden haben, als von vielen Leuten geglaubt werde, und daß sie dafür seien, daß Schritte von den Vereinigten Staaten unternommen würden, die auf die schleunige Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland hinzielten. Ein anderes Mitglied des Ausschusses, Senator King, erklärte, er empfehle nicht die de jure Anerkennung Rußlands, aber er sei für jede Art von Handelsbeziehungen mit Rußland. Die Vereinigten Staaten wollten nicht viel von Rußland und Rußland habe kein Geld, um aus den Vereinigten Staaten zu kaufen.

Lloyd Georges Erfolg.

London, 17. Oktober. Die englische Presse berichtet recht ausführlich über Lloyd Georges amerikanische Reise und sogar die ihm feindliche Presse, wozu mehr als 80 Prozent der Blätter gehören, muß zugeben, daß sie bisher ein ganz erstaunlicher Erfolg ist. Wenn Lloyd George enden kann, wie er anfing, und wenn es ihm gelingt, dem unwissenden amerikanischen Publikum, das sehr eine leichte Beute der intensiven französischen Propaganda ist, ein richtigeres Bild von der europäischen Lage zu geben, dürfte das leicht eine Rückwirkung auf die hiesige öffentliche Meinung haben, die bereits, belehrt durch ihre üblen Erfahrungen mit Bonar Law und Baldwin, ihr ungünstiges Urteil über den Kaiser zu berichtigen beginnt. So lange er Premier war, so hört man vielfach sagen, ist doch England wenigstens nicht zu einem Poincares Trabanten Poincares herabgesunken.

Flugdienst Sevilla—Buenos Aires in 70 Stunden.

London, 18. Oktober. General Primo de Rivera hat das mit der Zeppelin-Gesellschaft abgeschlossene Abkommen wegen Einführung eines Flugdienstes zwischen Sevilla und Buenos Aires genehmigt. Die Fahrt soll in 70 Stunden zurückgelegt werden. Jedes der Luftschiffe soll 135 Kubikmeter Rauminhalt haben. An Lasten können 5 Tonnen mitgenommen werden; ferner können 20 Reisende befördert werden. Unter den Aktionären der Gesellschaft befindet sich auch der spanische König. Das Unternehmen wird von der spanischen Regierung subventioniert; man sagt, daß auch amerikanische und andere südamerikanische Regierungen Unterstützungen geben werden. Es heißt, daß der Dienst im nächsten Jahre aufgenommen werden soll.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 18. Oktober. Gestern nachmittag unternahm der Portugiese Pinto auf einem Rumplerflugzeug einen Flug über die östlichen Vororte Berlins. Hierbei stürzte er durch Versagen des Motors infolge Benzinmangels mit dem Flugzeug in den Müggelsee. Dort gelang es ihm, sich schwimmend zu retten.

Mainz, 18. Oktober. In der Nähe von Mainz wurde eine Falschmünzerwerkstätte aufgedeckt. Ein früherer Lithograph hatte sie betrieben und seine Erzeugnisse durch andere Personen in den Verkehr bringen lassen. Hergestellt wurden falsche Millionenscheine, von denen eine Anzahl im Werte von 50 Milliarden Mark beschlagnahmt wurde. Alle beteiligten Personen sind verhaftet worden.

Schladen (am Harz), 17. Oktober. (Es reichte nicht zur Fahrkarte.) Eine Frau aus Schladen wollte nach Braunschweig fahren und dort einige Einkäufe machen. Auf dem Bahnhofe mußte sie erfahren, daß ihr Geld noch nicht einmal zur Fahrkarte nach Braunschweig (früher 60 Pfg.) reichte, viel weniger zu Einkäufen. Die Frau mußte wieder umkehren, und am anderen Morgen fand man sie erhängt in ihrer Wohnung.

Frankfurt (Main), 17. Oktober. (Kampf gegen Gaspreise.) Die hiesige Staatsanwaltschaft hat gegen den Vorstand der Frankfurter Gasgesellschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, um festzustellen, ob nicht das Geschäftsgebahren der Gesellschaft Strafbestimmungen sowohl der Preistreibereiverordnung, wie auch des Strafgesetzbuches verletze.

München, 18. Oktober. Die Postverwaltung traf im Vollzug der Anordnung des Generalstaatskommissars für die Genehmigungspflicht des Versandes von Milcherzeugnissen aus Bayern strengste Maßnahmen, um den unerlaubten Versand dieser Erzeugnisse durch die Post zu unterbinden.

München, 18. Oktober. Der aus der Haft entlassene Roßbach wird am Freitag bei der Feier der Roßbachabteilung München und des Deutschen Kampfbundes im Löwenbräu mit einer Rede vor seine Anhänger treten. Auch Hitler wird dort sprechen.

Die Küstriner vor Gericht.

Wie bereits vom Reichsjustizministerium angekündigt, soll der Hochverratsprozeß gegen die 14 Rädelsführer des Küstriner Putschversuches noch in dieser Woche vor dem Ausnahmegericht in Kottbus beginnen. Die Anklage, die auf Hochverrat lautet, ist den Angeklagten am Montag zugestellt worden. Für die Verhandlung, für die vorläufig zwei Tage vorgesehen sind, sollen umfassende Sicherungsvorkehrungen getroffen werden, um jegliche Störungsversuche unmöglich zu machen. Aus diesem Grunde ist für den Prozeß ein ungewöhnlicher Verhandlungsort, nämlich die Kirche des Kottbuser Zentralgefängnisses, ausgewählt worden. Was für die 14 Angeklagten bei diesem Verfahren auf dem Spiele steht, geht aus der Tatsache hervor, daß auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September dieses Jahres unter Umständen auf Todesstrafe erkannt werden kann. Die Verteidigung der Angeklagten liegt fast ausschließlich in den Händen Kottbuser Anwälte, nur der Führer der Küstriner Putschisten, Major Buchrucker, wird von Rechtsanwalt Böttger-Berlin, dem Anwalt des Freiherrn v. Wangenheim im Jagow-Prozeß verteidigt. Für Buchrucker soll übrigens auch ein psychiatischer Sachverständiger geladen werden.

Der Feind im Land.

Berlin, 17. Oktober. Die belgische Besatzungsbehörde hat aus der Tageskasse der Reichsbanknebenstelle Aachen 6 Billionen Mark weggenommen. Am gleichen Tage wurden in der Reichsbankstelle Krefeld auf Befehl des belgischen Kommandanten von einem Kommissar der belgischen Kriminalabteilung, der mit einem Aufgebot von Gendarmen, Kriminalbeamten und Soldaten, die dort eindrangen, 5 Billionen Mark gewaltsam fortgenommen.

Berlin, 17. Oktober. Am 13. Oktober sind die Franzosen von neuem in die Druckerei von Giradet in Essen eingedrungen und bemächtigten sich des Betrages von 81 Billionen Reichsbanknoten und Notgeld der Stadt Essen.

Berlin, 17. Oktober. Am 10. Oktober haben die Franzosen einen Geldtransport von 999 Milliarden Mark auf der Grenzstation Gerolstein weggenommen.

Mit Sauerstoffgebläse und Dynamit.

Die von den Franzosen besetzte Reichsbank-Nebenstelle in Gelsenkirchen ist seit einiger Zeit wieder freigegeben worden. Es stellte sich heraus, daß die Versuche der Franzosen, die Tür zum Tresor durch Sauerstoffgebläse zu öffnen, zu keinem Ergebnis geführt haben. Die Decke des Tresors ist mit Dynamit gesprengt worden. Erst durch diese Gewaltanwendung gelangten die Franzosen in den Tresor und bemächtigten sich der dort lagernden Geldbeträge. Durch diese Sprengungen ist ein sehr großer Schaden entstanden.

Stadt und Land.

Lüdenscheid, 19. Oktober.

Der Bezugspreis der „Lüdenscheider Zeitung" beträgt für die Woche vom 20. bis 26. Oktober Mk. 350 Millionen.

Beendigter Gasarbeiterstreik. Die ausständischen Gasarbeiter haben der Aufforderung des Oberbürgermeisters Folge geleistet. Sie nahmen zu der angekündigten Frist die Arbeit wieder auf. Es bleibt bei der Entlassung der beiden Arbeiter.

Ein rentabler Strafbefehl. Vor uns liegt der Strafbefehl eines Lüdenscheider Bürgers der auf eine Geldstrafe von 1 Million lautet. Die Strafe erhöht sich durch Schreibgebühr um 100 000 Mark. Zur Beförderung des Strafbefehls an den Bestraften sind 9 Millionen Mark in Briefmarken verwendet worden. Diese Kosten trägt der Staat. — Kommentar wirklich überflüssig.

Kleine Geldscheine für die Kleinrentner und alten Leute gehen in den Sammelstellen massenhaft ein. Es bleibt aber nicht bei kleinen Scheinen, sondern es finden sich auch Scheine ein, die auf kleinem Format recht hohe Beträge aufweisen. Neben vielen Einzelscheinen konnten wir ganze Bündel ziemlicher wertvoller Scheine beobachten; der Ertrag der Sammlung dürfte ein hübsches Sümmchen ergeben!

Monatliche Mietszahlung. Nach der Ausführungsverordnung vom 25. September 1923 zum Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter vom 1. Juni 1923 ist der Vermieter wie der Mieter berechtigt, in Fällen, in denen die gesetzliche Miete gilt, zu verlangen, daß der Mietzins in Monatsabschnitten gezahlt wird. Diese Verordnung scheint in weiten Kreisen noch nicht bekannt zu sein, da zahlreiche Hausbesitzer auf Einziehung der Miete am 1. Oktober für den Zeitraum vom 1. Juli bis 1. Oktober verzichtet haben, weil diese angesichts der in den letzten Monaten eingetretenen Geldentwertung bei vierteljährlicher nachträglicher Zahlung einen zu unbedeutenden Betrag ausmachen würde. Bei den an und für sich ungenügenden Zuschlägen ist dem Hausbesitzer mit monatlich nachträglicher Zahlung immer noch nicht viel geholfen und es darf wohl bei der Mieterschaft das Verständnis für diese Sachlage und die Bereitschaft zu monatlicher Vorausbezahlung vorausgesetzt werden. Auch dann ist der Vermieter nur zu einem Teil gegen Entwertung geschützt, da ja die Prozentsätze für den folgenden Monat auf Grund des Bauarbeiterlohnes der letzten bezw. vorletzten Woche des vorangegangenen Monats festgesetzt werden und somit die Prozentsätze schon in der ersten Woche des folgenden Monats meist überholt sind.

Die Buchhändlerschlüsselzahl beträgt ab 19. Okt. 1 600 000 000.

Anzeigenschlüsselzahl. Die Schlüsselzahl des Vereins der deutschen Zeitungsverleger für die Anzeigen ist für die Zeit vom 20. bis 26. Oktober auf 2 000 000 festgesetzt worden.

Starke Erhöhung der Telegraphen- und Fernsprechgebühren. Obwohl ursprünglich die Absicht bestand, die Gebühren im Telegraphen- und Fernsprechverkehr, die erst ab 12. Oktober neu festgesetzt worden sind, im Laufe dieses Monats nicht weiter heraufzusetzen, wird nun doch in Kürze eine erhebliche Erhöhung der Tarifsätze eintreten. Wie wir erfahren, ist gestern in später Abendstunde im Reichspostministerium beschlossen worden, die Telegraphen- und Fernsprechgebühren im allgemeinen zu verfünfachen. Diese kolossale Erhöhung soll am 20. d. M. in Kraft treten, also gleichzeitig mit der bereits bekanntgegebenen Erhöhung des Brief- und Paketportos. Die Auswirkung dieser Maßnahme würde also die Verteuerung eines Ortsgespräches von 10 auf 50 Millionen sein.

Drahtlose Rundspruchkonzerte. Gestern vormittag fand im Hörsaal des Telegraphentechnischen Reichsamtes in Berlin eine amtliche Vorführung des Unterhaltungs-Rundfunks statt. Staatssekretär v. Bredow erklärte in seinem einleitenden Vortrage die Zeit nunmehr für gekommen, auch in Deutschland den Unterhaltungs-Rundfunk aufzunehmen, nachdem das drahtlose Telephon in ausgiebigem Maße für Wirtschaftszwecke dienstbar gemacht worden ist. Von Ende des Monats werden sämtliche deutschen Postanstalten Erlaubnisscheine für Rundfunkempfänger ausgeben. Die Gebühr ist vorläufig auf 25 Goldmark pro Jahr festgesetzt. — Aus München wird gemeldet: In der Abteilung München des Reichspostministeriums fand in Gegenwart mehrerer bayerischer Staatsminister ein drahtloses Konzert statt, um die Leistungen der drahtlosen Telephonie vorzuführen. Das Konzert wurde von der Station Königswusterhausen mit außerordentlicher Klarheit und Tonschärfe übermittelt. In Bayern wird eine eigene Gesellschaft zur Durchführung eines Unterhaltungs-Rundfunkdienstes eingerichtet.

Neuartige Postversicherung. Der übliche Schadenersatz, den die Reichspostverwaltung für verlorene oder beschädigte Pakete leistet, reicht gewöhnlich nicht aus, den wirklich entstandenen Schaden auch nur annähernd zu decken. Außerdem folgt die Erhöhung der gesetzlichen Ersatzbeträge der Geldentwertung in so weitem Abstande, daß die Spanne zwischen Schaden und Ersatz, besonders bei hochwertigen Waren, immer größer wird. Diesen Verhältnissen Rechnung tragend, haben die Güter- und Reisegepäckversicherungen einen neuen Versicherungszweig, die Versicherung von Postpaketen, aufgenommen, die größere Unternehmungen mit starkem Postversand vor Schaden bewahren soll.

*

Mühlenrahmede, 18. Oktober. (Milchstreik.) Gestern kam es hier zu einem Streik der Hausfrauen gegen die Milchlieferanten von Großen-Drehscheid, die den Preis für ein Liter von 22 Millionen Mark gleich auf 140 Millionen hinaufgesetzt hatten, obwohl die Milch in Altena vom 15. an erst 90 Millionen kostet. Die Frauen erboten sich, diesen Preis allenfalls auch zu zahlen, was aber abgelehnt wurde.. Da zogen sie mit den leeren Kannen nach Hause.

Altena, 18. Oktober. (Verhinderte Erwerbslosendemonstration.) Nachdem gestern in der ganzen Stadt eine gewisse Aufregung geherscht hat über bevorstehende Unruhen erhält das Alt. Krsblatt von der Polizei heute morgen folgenden amtlichen Bericht: Es ist einwandfrei festgestellt, daß eine Reihe Erwerbsloser sich abgesprochen hatten, am gestrigen Tage sich zu versammeln und anschließend zu demonstrieren. Die Erfahrung hat gelehrt, daß alle Unruhen und Plünderungen zuerst mit harmlosen Versammlungen und anschließenden Demonstrationszügen beginnen und schließlich Spitzbuben und anderes Gesindel aufgefordert werden zum Plündern, wodurch man sich zu bereichern sucht. Da zur Zeit des Ausnahmezustandes alle öffentlichen Versammlungen, sowie Umzüge aller Art verboten sind, hatte die Polizei, die rechtzeitig von dem Vorhaben Kenntnis erhielt, sofort die weitgehendsten und schärfsten Sicherheitsmaßnahmen ergriffen. Diesen Maßnahmen allein ist es zu verdanken, daß die Absicht der Burschen von vornherein vereitelt worden ist, da sie anscheinend gesehen, bezw. festgestellt haben, daß auch nur die allergeringste Handlung ihrerseits, welche geeignet war, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden, sofort mit der schärfsten Waffe niedergekämpft worden wäre. Kleinere Ansammlungen konnten mühelos zerstreut werden, sodaß der Tag ruhig verlaufen ist.

Altena, 18. Oktober. (Kaum glaublicher Zopf.) Beschlagnahmt von der Staatsanwaltschaft Göttingen wurden 2 Waggen Kartoffeln, die mittelst einer strafbaren Handlung erlangt und schon an mehrere Adressaten geleitet waren. Die Ware wurde, da sie bereits 3 Wochen im Waggon lagerte und ganz dem Verderben entgegenging, auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Göttingen veräußert, da sie infolge ihres Fäulniszustandes nur noch zum Teil für den menschlichen Genuß geeignet war.

Löhne für Hausangestellte.

Ueber die Höhe der Entlohnung der Hausangestellten herrschen mannigfache Unstimmigkeiten. Die Lohnfestsetzung ist im allgemeinen der freien privaten Vereinbarung anheimgegeben. Da dürfte es interessieren, wie man im kommunistischen Sachsen diese Frage geregelt hat. Der nachstehende Tarif ist den Leipz. N. Nachr. entnommen. Es heißt da:

„Zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden wurde eine Revision der bestehenden Hausangestelltenlöhne beschlossen. Die Löhne gestalten sich demzufolge vom 30. 9. bis 6. 10. 1923 wie folgt:

1.	für jugendl. Hausangestellte v. 14—16 J.	21,6 Millionen
2.	für Anfangsstelle i. Elternhaus angelernt	25,9 Millionen
3.	für 1. Stelle nach der Lehre od. Haushaltschule	28,8—32,4 Mill.
4.	für Hausmädchen neben der Frau oder Köchin	36 —46,8 „
5.	für Alleinmädchen nach 2—4jähriger Tätigkeit im Haushalt ohne Selbständigkeit im Kochen	46,8—57,6 „
6.	für Alleinmädchen selbständig im Haushalt und Kochen	57,6—72 „
7.	für Kindermädchen ohne Vorbildung	32,4—36 „
8.	für Kindermädchen mit fachl. Vorbildung erfahren in der Instandhaltung v. Wäsche und Kleidung	57,6—72 „
9.	Köchin für einfache bürgerliche Küche mit Hausarbeit	57,6—72 „
10.	für Köchin mit fachl. Verbildung in feiner Küche	79,2—100 „
11.	für Stubenmädchen einf. nach mindesten zweijähriger Tätigkeit	46,8—57,6 „
12.	für Stubenmädchen m. fachl. Vorbildung erfahren im Feinbügeln, Ausbessern und Nähen	57,6—72 „
13.	für Jungfern oder 1. Stubenmädchen perfekt in pers. Bedienung erfahren i. Frisieren, Wäscheanfertigen und Schneidern	79,2—100 „
14	für Wirtschafterin oder Stütze in einf. Haushalt	57,6—72 „
15.	für Wirtschafterin oder Stütze für großen Haushalt mit Personal	93,6—115 „

Für die folgenden Wochen wird auf diese obenstehenden Grundlöhne jeweilig die Steigerung der Leipziger Teuerungszahl Nr. 1 gegenüber der Vorwoche aufgerechnet."

Diese Aufstellung wird uns von interessierter Seite zur Verfügung gestellt mit dem Hinweis, daß für zu vereinbarende Grundlöhne die Teuerungszahlen nach der Reichsrichtzahl und dergl. errechnet und festgesetzt werden könnten.

Westfalen und Rheinland.

Westhofen, 18. Oktober. In den letzten Tagen haben die Franzosen aus einer Reihe von Zügen eine große Anzahl von Personen herausgeholt, weil deren Pässe nicht in Ordnung waren. Die Reisenden tun gut, nicht ohne den neuen sechseckigen Stempel die Einreise in das besetzte Gebiet zu versuchen. Sie ziehen sich nur Scherereien zu und werden, sobald sie gefaßt werden, von den Franzosen rücksichtslos zurückgewiesen.

Weitmar (Prov. Westf.), 17. Oktober. (Kartoffelräuber.) Kartoffelplünderungen ereigneten sich gestern auf dem Gelände nördlich der Schützenstraße. Die Rombacher Hütte hat dort etwa 50 Morgen Kartoffeln angepflanzt. Mehrere hundert Personen gruben nun dort Kartoffeln aus und transportierten sie ab. Die Zahl der Zuschauer belief sich auf mehrere Tausend. Als Polizei von Bochum eintraf, ergriffen die auf dem Acker weilenden Personen die Flucht, während sich in der Schützenstraße die Menge staute. Als nach mehrmaliger Aufforderung die Straße nicht geräumt wurde, schlug die Polizei mit Gummiknüppeln auf die Menge ein und zerstreute sie.

Mülheim (Ruhr), 17. Oktober. Hier hat sich in der letzten Zeit eine nachahmenswerte Einrichtung eingebürgert, das sogenannte Krankensingen. An festlichen Tagen oder Sonntagen suchen die Mülheimer Gesangvereine die Asyle der Kranken und Siechen des Ortes auf und bieten denen, denen kein Lied mehr von den Lippen kommt, durch ihre Lieder für kurze Zeit vielleicht Linderung der Schmerzen und Vergessen der Not der Zeit. Es wäre begrüßenswert, wenn sich diese schöne Sitte in unserer Zeit allgemein einbürgern würde.

Essen, 18. Oktober. In einer Villa in Essen wurde am hellichten Tage ein Einbruchsdiebstahl verübt. Die Einbrecher erbeuteten Sachen im Werte von etwa 1000 Milliarden Mark darunter eine wertvolle Münzsammlung. Der Kriminalpolizei gelang es die Spur der Einbrecher aufzunehmen und die Täter zu verhaften.

Köln, 18. Oktober. (Der Weihbischof) Dr. Josef Stoffels ist gestern im Alter von 44 Jahren nach längerer Krankheit gestorben. Er hat sein Amt nur ein Jahr inne gehabt.

Köln, 18. Oktober. Wie der K. Z. aus Mannheim gemeldet wird, haben die dortigen Unruhen, die nunmehr schon drei Tage andauern, gestern vier weitere Todesopfer und eine Anzahl Verwundete gefordert.

Wedau, 18. Oktober. (Festgenommene Oeldiebe.) Im Walde bei Wedau wurden mehrere verdächtige Personen abgefaßt, die auf Handkarren große Blechbehälter mit Oel fortschaffen. Bei der Festnahme stellte sich heraus, daß das Oel auf dem Verschiebebahnhof Wedau gestohlen war.

Simmern, 18. Okt. (Die tote Braut.) Ein Brautpaar aus Gammelshausen fuhr die Koblenzer Chaussee auf einem alten Rade ohne Vorderbremse abwärts. Das Mädchen saß vorne auf der Lenkstange. Die Rücktrittbremse versagte — die Fahrt wurde immer schneller und schneller —, das Mädchen schrie in der Angst laut um Hilfe. Der leichtsinnige Fahrer konnte die Kehre an einer Straßenecke nicht mehr ausfahren und fuhr in wahnsinnigem Tempo gegen ein Haus. Dabei erlitt das Mädchen so schwere Verletzungen, daß es bald darauf starb. Der Fahrer hat keine erheblichen Verletzungen erlitten.

*

Diebstahl kostbarer historischer Urkunden. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: In der Nacht vom 5. zum 6. Oktober haben Einbrecher aus dem Ausstellungsraum des Staatsarchivs in

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Marburg eine große Anzahl von kostbaren Urkunden gestohlen, darunter drei Urkunden von König Pipin, drei von Karl dem Großen, zwei von Kaiser Arnulf, ferner solche des Kaisers Maximilian 2., Rudolf 2., Matthias, Ferdinand 2. und 3., meist für Kloster Fulda, weiter Briefe des Landgrafen Philipp des Großmütigen, Luthers, Melanchthons, Bucers, Schreiben Philipps 2. von Spanien, mehrere Schreiben aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges (des Mansfelders, Merodes, Götzens, Gustav Adolfs, Axel, Oxenstiernas, Melanders) und aus der neueren Zeit Briefe der Elisabeth von der Pfalz, August von Sachsen, Friedrichs des Großen, der Marschälle Belle-Isle und Soubise, Josephs 2., Emmerichs, Pestalozzis, Jerome Napoleons und des Generals Kleist von Nollendorf, endlich Schreiben Franz 1. von Frankreich, Friedrich Wilhelms 1., Karls 12. von Schweden, Kahartina 1., Thomas Cromwells, Gustav Wasas, Robert Dudleys, der Könige Karl 1., Karl 2. und Goerg 3. von England.

Mädchenhandel.

Die Zentralstelle der Berliner Kriminalpolizei zur Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels beschäftigt sich mit der Aufklärung eines schändlichen Treibens, das durch zwei Verhaftungen ans Licht gekommen ist.

An der holländischen Grenze bei Emmerich wurde ein gewisser Kornelius Ritter, der ein junges Mädchen über die Grenze bringen wollte, von dem holländischen Grenzkommissar angehalten und der deutschen Behörde übergeben. Seine Begleiterin wurde nach Emmerich zurückgeschickt. Ritter sitzt in Emmerich im Gefängnis und hat gestanden, daß er seit Anfang des Sommers Mädchen nach Holland gebracht hat. Wie er sagt, lernte er einen gewissen von Gülpen kennen, einen Holländer, der ihn bat, ihm junge Mädchen zuzuführen. Ritter fand auch in Tanzlokalen und dergl. Mädchen von 17 bis 18 Jahren und brachte sie in Emmerich mit van Gülpen zusammen. Der Holländer, ein etwa 30 Jahre alter, eleganter Mann, der nur gebrochen deutsch spricht, tat zwar so, als ob die Mädchen in Holland gut bezahlte Stellungen erhalten sollten, ließ aber Ritter nicht in Zweifel darüber, daß sie zu unlauteren Zwecken angeworben werden sollten. So wurden, wie der Verhaftete gesteht, von ihm und van Gülpen im Laufe des Sommers etwa 50 Mädchen nach Holland gebracht. Ritter erhielt für jede „Lieferung" einige Millionen, im ganzen etwa 60 Millionen. Auf van Gülpen wird jetzt eifrig gefahndet.

Ein gewisser Frank sitzt in Siegen in Haft. Die Berliner Zentralstelle hat nun einen Brief aufgefangen, der in Hamburg geschrieben ist und an einen Charlie Frank gerichtet war. In diesem Schreiben heißt es: „Die fünf Mädchen sind gut angekommen und gesichert. Sie sind unterwegs nach Newyork. Im Hafen von Hamburg wimmelt es von Polizisten. Nach mühsamer Arbeit haben wir sie auf's Schiff gebracht. Zwei hätten uns durch ihr Weinen verraten, aber Du weißt ja, Chloroform wirkt gut. Will ist verhaftet worden, Jonny ist an seiner Stelle. Ich habe die Mädels nach San Franzisko, Blue Bird, gebracht. Da können sie nach Vater und Mutter schreien so viel sie wollen. Wenn Du wieder Ware hast, so bringe sie gleich nach Hamburg zur Mädchenbörse. Sollte die Polizei auf Dich aufmerksam werden, so verschwinde nach Bremen. Der Scheck über eine Million Dollars folgt nach. Sollten die Mädels sich sträuben, so bringe sie dahin, wo ich sagte, dort werden sie schon zu Vernunft kommen."

Ob der in Siegen Verhaftete mit dem hier erwähnten Frank gleich ist, wird noch untersucht. Nach allem scheint es, daß diese Mädchenhändler auch in Berlin wieder an der Arbeit sind.

Handel und Wirtschaft.

hk. **Die Reichsbahndirektion Elberfeld schreibt der Handelskammer:** Der einsetzende Herbstverkehr, der mit Rücksicht auf die mehrfachen Abschnürungen des Eisenbahnnetzes durch die Franzosen zum Teil auf weniger nur schwach leistungsfähigen Umleitungsstrecken des Randgebietes bewältigt werden muß, zwingt uns, alle nur erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um Erschwernisse des Eisenbahnverkehrs nach Möglichkeit zu vermeiden. Für die Zeit der jetzigen ernsten Betriebs- und Verkehrslage muß deshalb darauf hingewiesen werden, die Eisenbahnen von allen unnötigen Leistungen zu befreien, insbesondere müssen die Sendungen so abgefertigt werden, daß sie die Eisenbahn möglichst wenig beanspruchen. Diese Bestrebungen werden vielfach dadurch umgangen, daß das Gut (häufig zwecks Umgehung von Verkehrssperren) zunächst nach einem Bestimmungsort aufgegeben wird, der zu Beanstandungen keinen Anlaß bietet. Durch nachträgliche Verfügung gemäß § 73 Abs. 1 der EVO. wird aber dann versucht, das Gut dem eigentlichen, in der Sperrzone liegenden Bestimmungsort zuzuführen. Hierdurch werden natürlich Mehrtransporte verursacht. Der Zweck, unnötige Belastungen des Betriebs zu verhindern, wird also vereitelt. Auch außerhalb des Sperrgebiets müssen derartige nachträgliche Verfügungen im Interesse einer möglichst weitgehenden Ausnutzung des Wagenparks vermieden werden. Wir haben daher unsere Abfertigungen angewiesen, nachträgliche Verfügungen des Absenders auf Auslieferung des Gutes an einem anderen als dem im Frachtbrief genannten Ort, sowie Anweisungen des Empfängers zur Weiterbeförderung des Gutes nach anderen Stationen bis auf weiteres allgemein abzulehnen. Dasselbe gilt für die Neuaufgabe von Sendungen nach Einlösung des Frachtbriefes.

hk. **Die neuen Beitragsmarken:** Soweit einem Arbeitgeber die rechtzeitige Beschaffung von Marken für Beitragszeiten vor dem 1. Oktober infolge eines Umstandes, den er nicht zu vertreten hatte, unmöglich war, kann er in der Invalidenversicherung bei der zuständigen Landesversicherungsanstalt und in der Angestelltenversicherung bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die Abgabe von Beitragsmarken zu dem aufgedruckten Geldwert beantragen. Dabei werden aber im allgemeinen nur Beitragszeiten der jüngsten Vergangenheit in Frage kommen können. Daß säumige Arbeitgeber den aufgewerteten Beitrag entrichten, ist nur recht und billig. Die Post wird, wie in der Verordnung vom 29. September angeordnet ist und auch der Natur der Dinge entspricht, die Beitragsmarken nur zum zehnfachen Geldbetrag verkaufen. Sie kann nicht die Gründe untersuchen, aus denen die rechtzeitige Verwendung der Beitragsmarken unterblieben ist. Anträge, die beim Reichsarbeitsministerium od. Reichspostministerium wegen Lieferung von Beitragsmarken zum alten Preise eingereicht sind, werden an die zuständigen Versicherungsträger zur weitern Behandlung abgegeben. Eine besondere Benachrichtigung der Antragsteller findet insoweit nicht statt. Im übrigen geht aus der Verordnung vom 29. September hervor, daß die neuen Beitragsmarken im Verhältnis zum Jahresarbeitsverdienst nicht höher sind als früher. Die Versicherung erfolgt jetzt in einer entsprechend niedrigen Beitragsklasse.

Neue Berechnung des Goldzollaufgeldes.

Berlin, 19. Oktober. Vom 24. Oktober ab gilt der Umrechnungssatz für Reichssteuern auch für die Zahlung der Zölle. Eine besondere Festsetzung des Goldzollaufgeldes findet daher nicht mehr statt. Die Höhe des Goldumrechnungssatzes richtet sich vom 24. d. M. ab nach dem Dollarkurs jeden Tages, an dem zuletzt eine amtliche Notierung des Dollarkurses in Berlin stattgefunden hat. Der Goldumrechnungssatz wird allen Postanstalten bis zu den Agenturen durch Kreistelegramm mitgeteilt und von diesen durch Aushang öffentlich bekanntgegeben. Außerdem wird der Presse alsbald nach der Festsetzung der Satz zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt werden.

Geld-, Wechsel- und Warenmarkt.

Amtl. Berlin	Geld-Sorte	18. Oktober. Geld	18. Oktober. Brief	17 Oktober Geld	17 Oktober Brief
Amsterdam	Gulden	3 199 900	3 216 000	2 154 800	2 165 400
Brüssel	Frank	422 900,	425 000,	291 270	292 730
Christiania	Krone	1 264 800	1 271 100	849 870	845 130
Kopenhagen	Krone	1 432 400	1 439 500	967 575	972 425
Stockholm	Krone	2 154 600	2 185 400	1 453 560	1 457 635
Helsingfors	finisch Mk.	217 400	218 095	146 632	147 367
Rom	Lira	371 000,	372 900	251 370	252 630
London	Pfd Sterl	17 955 000,	18 045 000,	24 937 500	25 052 200
New York	Dollar	8 139 600,	8 180 400,	5 436 200	5 513 750
Paris	Frank	490 700,	493 200,	335 165	334 835
Schweiz	Frank	1 464 300	1 471 650	986 527	991 472
Spanien	Pesela	1 103 260	1 108 730	748 125	751 875
Oesterreich	100 Kr.	115[710]	116[290]	77 306	77 695
Prag	Krone	243 390	244 611,	163 590	164 410

Berlin, 18. Oktober. Produktenmarkt. Am Produktenmarkt wirkte sich die Verworrenheit der politischen Verhältnisse und das scharfe Steigen der Devisenpreise in weitere scharfe Aufwärtsbewegung der Preise aus. Das Angebot vom Inland hat sich sehr verringert, wozu auch die dringenden Feldarbeiten, insbesondere die Kartoffelernte beitrug. Seitens der Bäcker machte sich starke Nachfrage nach Roggenmehl geltend, was auch die Preise hierfür in die Höhe trieb. Auch war die Reichsgetreidestelle weiter als Käufer am Markte. Sämtliche übrigen Artikel stellten sich in Preise bedeutend höher. — Preise in Milliarden: Weizen: märk. 13—13,5, Roggen: märk. 12—12,5, Gerste: Sommergerste 11,5 bis 12, Hafer: märk. 9,5—10,5, Weizenmehl 40—44, Roggenmehl 3[illegible] bis 42, Weizenkleie 5—5,5, Roggenkleie 5—5,5, Raps 16—17, Viktoriaerbsen 23—26, kleine Speiseerbsen 18—21, Rapskuchen 8[illegible] bis 9. — Rauhfutternotierungen: Alles in Millionen: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepr. 550—600, Haferstroh drahtgepr. 450—470, Roggen- und Weizenstroh bindfadengepr. 270—290, gebündeltes Roggenlangstroh 290—300, Heu, gutes 400—450, handelsüblich 350—400.

Patentbericht

Mitgeteilt vom Patentbüro Conrad Köchling, Hagen i. W.

a) Patente: Fa. Fr. Dörscheln, Lüdenscheid, Verfahren zur Isolierung von Schaltergehäusen.

b) Gebrauchsmuster: Wilh. Schröder, Lüdenscheid, Sicherheitsvorrichtung zur Befestigung von Holzriemenscheiben jeder Art. — Fabrik elektrischer Koch-, Brat- und Heizapparate Hugo Schiffer u. Dr. Wunderlich, Lüdenscheid, Hohlstecker. — Wilh. Schröder u. Co., Lüdenscheid, Kokille zum Gießen von Aluminium-haushaltungsartikeln und Kinderspielzeug in dünnwandiger Ausführung. — Weiß u. Welge, Lüdenscheid, Löffel mit buntfarbigen Figuren.

Wetterstation Lüdenscheid Realgymnasium

(Specht, Hochstr. 71)

Tag Stunde	Barometer mm	Thermometer °C	Relat. Feuchtigk. %	Windrichtung u. Stärke	Bewölkung	Niederschlag mm	Sonnenschein
17. 10. 9 Uhr abds.	769,8	+ 8.0	97,1	W 1	10	—	1,5
18. 10. 7 Uhr morg.	771,1	+ 7,7	97,1	SW 1	10	0,6	—

Temperatur: höchste + 8.7°, niedrigste + 4,5°

Wäschefabrik- u. mech. Stickerei
in hiesiger Gegend sucht zum Absatz seiner Fabrikate einem bestehenden Geschäfte die
alleinige Vertretung
zu übertragen, evtl. wird zur Errichtung einer Filiale ein **Ladenlokal** gesucht.
Gefl. Offerten unter L. Z. 1266 an die Geschäftsst. d. Bl.

Fichten-Schleifholz
Stammholz
Grubenholz
in jeder Menge ab Wald oder frei Waggon sowie hierzu geeignete
Waldbestände
zu höchsten Tagespreisen zu kaufen gesucht.
Vermittler erhalten hohe Provision.
Achenbach & Born, Holzgroßhdlg.
Siegen i. Westfalen.

Für Wiederverkäufer!
Habe noch anzubieten
Cigarren
Cigaretten
Tabake
erster Firmen.
Otto Florath, Wilhelmstr. 31. Fernruf 1222

Neue und gebrauchte
Schreibmaschinen
hält stets auf Lager
Papierhaus Sasse, Wilhelmstraße 20.
— Fernruf 1185. —

Öfterer Wechsel der Leibwäsche
ist von großer Bedeutung für die Gesundheit! Der Genuß eines Wannenbades, diese für das körperliche Wohlbefinden so wichtige Einrichtung, ist weiten Kreisen ein kaum erschwinglicher Luxus geworden und an seine Stelle wieder die einfache Waschung getreten.
Doppelt wichtig ist unter diesen Umständen die Sorge für
gesundheitlich einwandfreie Wäsche,
die, Haut und Körper erfrischend, eine dauernde normale Ausdünstung der Poren sichert und so Hauterkrankungen und Gesundheitsstörungen vorbeugt
Persil
das einzigartige Waschmittel
ist auch vom Standpunkt der Gesundheitspflege von unschätzbarem Wert. Es bewirkt im gewöhnlichen Waschverfahren — **auch schon bei niederen Temperaturen** — eine sichere Abtötung aller Krankheitskeime, die durch Schweißabsonderungen der Haut in die Wäschestücke übertragen werden und gibt eine herrliche, frischduftende Wäsche! Dabei ist das Waschen so einfach und bequem, daß es auch im Kleinhaushalt jederzeit schnell und ohne Störung der häuslichen Arbeiten vorgenommen werden kann.

Eilentrop & Holthaus
Lüdenscheid i. Westf.
Telefon Nr. 274 u. 1340.
Neu- und Altmetalle,
Metall-Rückstände, Aluminium,
Aluminium-Legierungen, Phosphorkupfer.

Wir kaufen und zahlen die **höchsten Tagespreise** für
Ziegenfelle, Fuchsfelle, Ziekelfelle, Marderfelle, Kaninfelle, Iltisfelle, — Hasenfelle, Katzenfelle usw. —
sowie
Alt-Papier, Lumpen, Flaschen, Alteisen und Altmetalle.
Max Zeughauser & Co.,
Telefon 1372. Herzogstr. 9. Telefon 1372.

Die **Gas- u. Wasserpreise** für die in der Woche vom 15. bis 20. Oktober abgelesenen Bezirke betragen für Gas 150 000 000 M., für Wasser 100 000 000 M. je cbm.
Städt. Gas- und Wasserwerke.

Kirchl. Nachrichten

Ev. Gemeinde Brüninghausen
10 Uhr: Herbst-Gottesdienst
11 Uhr: Kindergottesdienst
Dienstag, den 23. Oktober, 8[15] morgens Gottesdienst in der Heilstätte Hellersen.
Pfr. Graewe.

Evang. Gemeinde Rahmede
Sonntag, 21. Oktober 1923
10 Uhr: Gottesdienst.
11¼ Uhr: Kindergottesdienst
8 Uhr: Bibelstunde
Pfr. Arning.

Familien-Nachrichten

Verlobt:
Ingeborg Gerdes, Clemens Frhr. von Dücker zu Rödinghausen, Altena — Rödinghausen.

Vermählt:
Robert Mannesmann, Elsbeth Rüggeberg, Lüdenscheid.
Max Domininghaus, Emmy Grüber, Brügge.

Gestorben:
Paul Kaiser, 54 J., Eiringhausen. Fr. Wilh. Annemann, 81 J., Kückelheim. Frau Wilhelmine Haase, geb. Karl, 66 J., Kückelheim.

Kartoffeltörbe
wieder eingetroffen
E. Bickenbach.

Turn-Verein Horringhauserhöh.
Samstag, 20. Oktober, abends 8 Uhr:
31. Stiftungsfest.
Der Vorstand.

(Staatsmedaille goldene Ausstellungspreise)
Pianos
Flügel
Harmoniums
Verkauf an Private.
Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügelfabrik
Hagen i. W.
Bahnhofstaße 29.
Filiale Berlin
Hardenbergstr. 14.
NB: Eintausch u. Ankauf von gebrauchten Instrumenten. Stimmungen und Reparaturen.

Vereine
beziehen Drucksachen aller Art billigst durch
Druckerei Karl Sasse
Lüdenscheider Zeitung.

Eine gutgehende
Taschenuhr
(Chronom.) fast neue gegen Kartoffeln zu tauschen.
Näheres zu erfahren in der Geschäftsst. d. Bl.

Calculator-Rechenscheibe
zum sofortigen Umwandeln u. Ablesen der Goldmark in Papiermark für jedes Büro, jedes Geschäft unentbehrlich empfiehlt
Papierhaus Sasse
Wilhelmstr. 20. Fernruf 1185.